

BDS...Kompass

Das Magazin des
BDS Landesverbandes Schleswig-Holstein e.V.



Ausgabe 1, 2012

**Liebe Mitglieder,
liebe Gäste, liebe Mit-
streiter!**

Im Mai findet die Landtagswahl in unserem schönen Bundesland statt, und der Wahlkampf nimmt so langsam an Fahrt auf. Daher widmen wir uns in den Ausgaben bis zur Wahl speziell diesem Thema.



Wir freuen uns besonders, dass der Kieler Landtag uns nach den Sommerferien eingeladen hat, mit den frischgewählten Abgeordneten über die Politik der nächsten fünf Jahre zu diskutieren. Merken Sie sich den 16.08.2012 also schon einmal vor oder melden Sie sich gleich telefonisch (0461-77002033) oder per E-Mail (info@bds-sh.de) an.

Doch schon im Vorfeld warten mit der wirtschaftNORDGATE am 25. und 26. April 2012 in Neumünster und dem Landesverbandstag am Samstag, dem 19.05.2012 in Neumünster zwei weitere spannende Termine auf uns, die Ihnen die Gelegenheit zur Information über die Arbeit des BDS, zur Mitwirkung und zum Networking geben.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und wünschen Ihnen bis dahin viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe.

Ihr

Dr. Wolfgang Linker

Inhalt dieser Ausgabe

Liebe Mitglieder, liebe Gäste, liebe Mitstreiter!.....	2
Dürfen wir vorstellen?	3
Neue Unterstützung für den BDS Landesverband.....	4
wirtschaft NORDGATE	5
BDS Kreisverband Flensburg kooperiert mit Flensburger Wirtschaftsschule.....	6
Neue Internetseite für den KV Flensburg	6
Einladung: BDS Jahresmitgliederversammlung (Kreisverband Flensburg).....	7
Programm Jahresmitgliederversammlung.....	7
Dürfen wir bitten?.....	7
Politik für den Mittelstand	8
Politische Aktivitäten und Initiativen	10
Das Geld wird knapper	10
Finanzgericht lehnt „Chi-Quadrat-Test“ ab	10
Teilnehmer für Energieforum gesucht	11
DKV im Internet transparent und kundenorientiert.....	11
Sonderthema Landtagswahl	
Quo Vadis Schleswig-Holstein? Wir fragen Politiker nach dem, was unsere Mitglieder bewegt!.....	11
Von Waterkantgate über den Heidemörder.....	12
06. Mai 2012: Landtagswahl SH	12
Der Landtag von A bis Z	13
Was macht eigentlich der Landtag?.....	16
Steuer News	17
Börsenbarometer: Starke Schwankungen	18
Jubiläen und Geburtstage	18
Impressum	19

Dürfen wir vorstellen?

BDS Mitglied Harriet Lemcke

Harriet Lemcke studierte Kommunikationsmanagement in Heidelberg, Köln, Krems und Brüssel. Fünfzehn Jahre arbeitete sie als Redakteurin in einem norddeutschen Medienhaus und trug Führungsverantwortung. Seit 2008 verhilft sie Unternehmen zu einer perfekten Außendarstellung. Dabei bedient sie sich des Gesamtspektrums der Kommunikationsinstrumente – von der Pressemitteilung über Broschüren und Magazine (Corporate Publishing) bis hin zu Social Media. Seit Jahresbeginn 2011 lebt und arbeitet Harriet Lemcke als selbstständige Strategie- und Kommunikationsberaterin, Coach und Management-Trainerin in Wentorf bei Hamburg.

BDS SH: Warum haben Sie sich selbstständig gemacht?

Das war ein lange gehegter Wunsch von mir. Eigenverantwortliches Arbeiten liegt mir –während meiner langjährigen Festanstellung als leitende Redakteurin habe ich sehr gern Projekte vorangetrieben, Teams geführt und meine Arbeit recht frei gestalten können. Als dann Ende 2010 der Plan, von Schwerin in den östlichen Hamburger Speckgürtel zu ziehen, Realität wurde, war der Zeitpunkt günstig für den Schritt in die Selbstständigkeit. Das war sozusagen ein wirklicher Neustart.

BDS SH: Warum sind Sie in den BDS eingetreten?

Weil der BDS als Deutschlands ältester branchenübergreifender Mittelstandsverband vielen anderen Business Clubs Eines voraus hat – eine lange Tradition und gewachsene Strukturen. Ein weiterer Grund ist, dass ich mich gern in meiner neuen Heimat Schleswig-Holstein noch intensiver vernetzen möchte und den Austausch mit anderen Selbstständigen schätze. Ihre Erfahrungen sehe ich als sehr wertvoll an. Zudem bin ich der Meinung, dass in einem Netzwerk alle nachhaltig profitieren – man kennt, vertraut, hilft und empfindet einander.“

BDS SH: Welche Erfahrungen haben Sie bisher mit Netzwerken wie dem BDS gemacht?

Überwiegend positive. Natürlich habe ich auch schon Veranstaltungen besucht, auf denen lediglich Visitenkarten ausgetauscht wurden und die Kontakte profitlos blieben. Das war jedoch die Ausnahme.



Harriet Lemcke,
Strategieberatung, PR & Marketing

BDS SH: Welche Wünsche haben Sie bezüglich der Angebote Ihres BDS?

Dass es regelmäßig und landesweit Veranstaltungen mit Impulsvorträgen zu spannenden Themen gibt. Das kann zum Beispiel zum Thema Steuerrecht oder Finanzen allgemein sein, zum Thema Verhandlungsführung oder auch Konfliktmanagement. Ich wünsche mir ein aktives Verbandsleben und bringe mich

an dieser Stelle gern mit eigenem Engagement ein.

BDS SH: Welche aktuellen Projekte verfolgen Sie gerade?

Gemeinsam mit Netzwerkpartnern entwickle ich derzeit ein Konzept für ein Business-Magazin. Ziel ist es, Klein- und Mittelständlern der Region ein Medium zu bieten, in welchem sie sich auf ganz persönliche Art und Weise ihrem Kundenkreis als gute Adresse empfehlen können.

In den meisten klein- und mittelständischen Unternehmen gibt es keinen Verantwortlichen für PR – entweder die Geschäftsführung selbst oder aber das Marketing übernimmt den Bereich Kommunikation mit – mit der Folge, dass die Wirkung häufig unter ihren Möglichkeiten bleibt. Hier kann und möchte ich helfen – mit strategischer Beratung einerseits und professioneller Umsetzung andererseits.

Mit exklusiven Texten zum Beispiel, die journalistisch fundiert und gleichzeitig suchmaschinenoptimiert sind, können KMU das Ranking ihrer Webseite bei Google in kurzer Zeit verbessern und damit mehr Besucher verzeichnen. Qualitativ hochwertige Newsletter eignen sich ebenso hervorragend als Instrument der Kundenbindung und –gewinnung. Das sind nur einige Beispiele.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Ideen, die ich in den kommenden Monaten anpacken werde – zum Beispiel für Inhouse-Trainings zu den Themen Kommunikation und Führung und für Business-Events mit Kultur. Und last but not least steht meine eigene Webseite noch immer auf dem Plan.

*Das Interview führte Christian Cieplik,
Kaufm. Beratung Christian Cieplik*

Lemcke, Harriet - Strategieberatung, PR & Marketing

Branche:	Dienstleistung
Kontakt:	Berliner Landstraße 20 21465 Wentorf
	Mobil: 0151 - 10788470 E-Mail: hale@geschwister-greulich.de
Mitglied seit:	03.01.2012

Neue Unterstützung für den BDS Landesverband

Corinna Wiesemann unterstützt seit Anfang des Jahres den Bund der Selbständigen. Der Vorstand freut sich, dass er die engagierte Freiberuflerin nicht nur als Steuerberaterin gewinnen konnte, sondern auch für eine Kandidatur bei der Nachwahl für den scheidenden Schatzmeister Sebastian Neumann gewinnen konnte.



*Corinna Wiesemann,
Steuerberaterin und Kandidatin für die Nachwahl des Schatzmeisters*

Die 42-jährige diplomierte Betriebswirtin engagiert sich seit 2005 als Steuerberaterin für Ihre Mandanten. Mit ihren zwei Mitarbeiterinnen und einer Auszubildenden unterhält Frau Wiesemann eine Kanzlei in der Nähe des Hamburger Rathauses, die sich neben der klassischen Steuerberatung insbesondere auf «Unternehmensnachfolge», «Wirtschaftsmediation» und «Business-Coaching» spezialisiert hat. Thematiken, die auch für die Mitglieder des BDS von Interesse sind.

Ehrenamtliches Engagement spielt bei der begeisterten «Netzwerkerin» von jeher eine große Rolle. Neben der Mitgliedschaft im Steuerberaterverband Hamburg und dem Arbeitskreis Wirtschaftsmediation bei der Handelskammer Hamburg, sammelte sie Vorstandserfahrung im Hamburger Institut für Mediation e.V.

Viel Überzeugungsarbeit durch den Landesvorstand, um Corinna Wiesemann als Kandidatin für den nach Niedersach-

sen verzogenen Schatzmeister Sebastian Neumann zu gewinnen, war nicht vonnöten. «Ich halte es für wichtig, dass Kleinunternehmer eine Lobby haben», betont die Hamburgerin, «und bin gerne bereit, mich dafür zu engagieren».

Als geborene Schleswig-Holsteinerin, die ihrem Bundesland nach wie vor sehr verbunden ist, will sie vor allem die Zusammenarbeit zwischen den nördlichen Landesverbänden und die Darstellung des BDS in der Öffentlichkeit vorantreiben.

Dem Vorstand war es wichtig, die ab Mai vakante Position des Schatzmeisters mit einer weiteren Kandidatin zu besetzen, die aus Pinneberg stammend, sich besonders dem Süden Schleswig-Holsteins verpflichtet fühlt.

«Wir freuen uns über jede Kandidatur», hebt Prof. Linker, der Landesvorsitzende, hervor, «durch das starke Gefälle im BDS Schleswig-Holstein, zu Gunsten des Nordens liegt es uns jedoch besonders am Herzen, den Süden immer wieder mit einzubeziehen und die Mitglieder zu mehr Engagement zu motivieren.»

Sebastian Neumann, der sein Amt aus beruflichen Gründen zum Landesverbandstag 2012 niederlegt, unterstützt die Kandidatur von Frau Wiesemann ebenfalls und freut sich, sein Amt in so kompetente Hände abgeben zu können.

SAVE THE DATE

Mai 2012

M	D	M	D	F	S	S
	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31			

Landesverbandstag
2012 in
Neumünster

*Die neuen Musterverträge
sind online:*

- Geschäftsführeransetzungsvertrag.
- Vertrag geringfügige Beschäftigung
- Vertrag über freie Mitarbeit

Download unter www.bds-sh.de

Ob Frau Wiesemann gewählt wird, haben jedoch Sie am 19.05.2012 in der Hand.

Wir freuen uns auf Ihre Stimme und Ihre Teilnahme!

Neue Business-to-Business-Messe sorgt für große Nachfrage bei regionalen Unternehmen

Am 25. und 26. April findet in den Neumünsteraner Holstenhallen erstmals die „wirtschaftNORDGATE 2012“ statt – eine Messe von, mit und für Unternehmer aus der Region entlang der A7. Die Anzahl der Flächen für Aussteller musste aufgrund der starken Nachfrage erhöht werden.

Die branchenübergreifende Fachmesse unter dem Motto „Dialog – Business – Kontakte“ richtet sich an kleine und mittelständische Unternehmen. Die wirtschaftNORDGATE 2012 bietet eine optimale Plattform, um neue Geschäftskontakte zu knüpfen und bestehende zu vertiefen. „In einer globalisierten Welt werden regionale Zusammenarbeit, regionale Lieferbeziehungen und regionale Dienstleistungen immer wichtiger. Genau diesen Mehrwert bietet unser Messekonzept.“, so Projektleiter Ralf Waltereit von der messe.ag.

Aussteller und Besucher profitieren gleichermaßen: Die rund 70 Aussteller haben die Möglichkeit, ihre Produkte und Dienstleistungen in einem fachlich geeigneten Rahmen in Szene zu setzen. Besucher können potenzielle Geschäftspartner kennen lernen und sich innerhalb kürzester Zeit hinsichtlich aktueller Trends und Lösungen auf den neuesten Stand bringen lassen. Zu den Ausstellern gehören Zulieferer und Dienstleister, u.a. aus den Bereichen Energietechnik, Marketing, Zeitarbeit, Finanzierung, Logistik, IT u.v.m.

Neben interessanten Gesprächen zwischen Unternehmern stehen auch die Wirtschaftsförderer der Städtekooperation für Fragen zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es am Rande der Fachforen jede Menge Raum für Diskussionen und ein buntes Rahmenprogramm.

Aufgrund der großen Nachfrage waren Ende Januar bereits bis auf wenige Restflächen alle Standflächen für Aussteller in den Holstenhallen vermietet. Der Messeplan wurde nachträglich überarbeitet, sodass Zusatzflächen geschaffen werden konnten. Kurzentschlossene können sich daher noch anmelden.

Eröffnet wird die Messe am 25. April u.a. durch den Präsidenten des Unternehmensverbandes Nord, Uli Wachholtz, den Wirtschaftsförderern des NORDGATE und den Partnern der Messe. Neben der Sparkasse Südholstein und SeitenBox konnten die Stadtwerke Neumünster als Premiumpartner gewonnen werden. Die Schirmherrschaft hat das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein übernommen. Alle Preise, eine Übersicht der Aussteller, die bislang zugesagt haben, das vorläufige Vortrags- und Workshop-Programm, Standpläne und weitere Informationen gibt es unter: www.wirtschaft-nordgate.de.

Öffnungszeiten:

Mittwoch, 25. April 2012: 10.00 bis 19.00 Uhr
Donnerstag, 26. April 2012: 10.00 bis 17.00 Uhr

Telefonisch erreichen Sie den Projektleiter Ralf Waltereit unter +49 4321 7078865, Mobil unter +49 176 61751682 oder per E-Mail unter waltereit.ralf@messe.ag

Bitte schneiden Sie sich Ihre Freikarte zur Messe aus.



Freikarte*

1. Messtag: 10.00 bis 19.00 Uhr
 2. Messtag: 10.00 bis 17.00 Uhr
- wirtschaftNORDGATE – Business to Business Messe



* Berechtigt an beiden Tagen zum kostenlosen Eintritt der Messe und aller Vorträge!

www.wirtschaft-nordgate.de

www.messe.ag

BDS Kreisverband Flensburg kooperiert mit Flensburger Wirtschaftsschule

BDS KV Flensburg



Die Kooperation zwischen dem BDS und der Wirtschaftsschule startete am 01.02.2012 mit einer Schülerpräsentation, der Übergabe eines Klassensatzes des Buches „Cashkurs“ und einer Videobotschaft des Autors Dirk Müller. «Doch geplant ist noch vieles mehr!», verrät Initiator Lothar Koch.

Seit dem 01.02.2012 ist die Kooperation zwischen Flensburger Wirtschaftsschule (HLA) und BDS offiziell.

«Wie legt man 5.000 Euro an?», diese Frage stellte sich der diesjährigen Abiturjahrgang im Rahmen eines Unterrichtsprojektes. Ziel des Projektes war es, den Schülern den Finanzmarkt näher zu bringen und sie mit den verschiedenen Anlageformen vertraut zu machen. Bewertet wurden die erarbeiteten Konzepte von dem BDS Beiratsmitglied Lothar Koch. Der Finanzexperte, der sich für den BDS auch im Landesvorstand engagiert, lobte den Einsatz der Schüler und stiftete einen Klassensatz des Buches «Cashkurs», dessen Autor Dirk Müller es sich nicht nehmen ließ, den Schülern eine persönliche Videobotschaft (unter www.bds-flensburg.de) zukommen zu lassen.

Die Kooperation zwischen HLA und BDS soll die Praxisnähe des Unterrichts weiter verstärken und den Schülern die Selbstständigkeit als eine weitere Alternative im Erwerbsleben näher bringen. Thomas Meyhoff (1. Vorsitzender des BDS Kreisverbandes Flensburg) betonte darüber hinaus, dass sich durch die Kooperation

Unternehmern die Möglichkeit bietet, zukünftige Auszubildene bereits während derer Schulzeit kennenzulernen und diese frühzeitig an den Betrieb zu binden.

Daher sind bereits zu Beginn der Kooperation eine Vielzahl weiterer Aktivitäten angedacht. Dazu gehören u.a. Betriebsbesichtigungen, Fachvorträge von Experten in der Schule und die Vermittlung von Praktikumsplätzen.

Auch Andreas Zettl (2. stellvertretender Schulleiter der HLA) sieht in der Kooperation eine Chance für seine Schüler. «Die Zusammenarbeit mit dem BDS bildet einen weiteren wichtigen Baustein zur Verzahnung von Theorie und Praxis und ist eine gute Ergänzung der bereits bestehenden, intensiv genutzten Unternehmenskooperationen der HLA», führt Zettl aus.

In einem nächsten Schritt sollen den Schülern Vorträge zum Thema Existenzgründung angeboten werden. Als Referenten werden daher noch Unternehmer gesucht, die aus Ihrer Praxis berichten möchten und Wege in die Selbständigkeit aufzeigen möchten.

Neue Internetseite für den KV Flensburg

Kommt Ihnen die neue Seite des Kreisverbandes Flensburg auch so bekannt vor? Richtig, es ist eine abgewandelte Version der Internetseite des Landesverbandes. Der Kreisverband hat das Layout der Internetseite und des Logos vom Landesverband übernommen, um Einigkeit zu demonstrieren, ohne jedoch die Individualität und Selbständigkeit des Kreisverbandes aufzugeben.

So werden beispielsweise die Rahmenverträge auf beiden Seiten veröffentlicht, die Galerie der Flensburger jedoch nur auf der Seite des Kreisverbandes.

«Es war uns wichtig, trotz aller Gemeinsamkeiten noch als eigenständiger Verband mit eigenem Verbandsleben wahrgenommen zu werden», erläutert Thomas Meyhoff, Vorsitzender des Kreisverbandes Flensburg. «Trotzdem macht es Sinn, gemeinsame Strukturen aufzubauen und wo es geht zusammen zu arbeiten um Ressourcen zu schonen», fährt Meyhoff fort.

«Der Landesverband bietet vorhanden Kreisverbänden und solchen, die sich gründen wollen ein breites Angebot zur Vereinfachung ihrer Verbandstätigkeit an», ergänzt Dr. Linker, Landesvorsitzender. «Wir hoffen so BDS-Vereinigen vor Ort zu ermöglichen und Gewerbevereine zu stärken und freuen uns, dass der Kreisverband Flensburg jetzt als erster dieses Angebot nutzt.», so Linker weiter.

Durch die diversen Kooperationen und Angebote für Jungunternehmer war es dem Kreisverband zudem ein Anliegen, sich insgesamt moderner zu präsentieren. «Diesen Anspruch erfüllt der neue Auftritt des Kreisverbandes», freut sich auf Wolfgang Harting, stv. Vorsitzender des Kreisverbandes.

Einladung: BDS Jahresmitglieder- versammlung

BDS Kreisverband Flensburg für Stadt und Land

19. April um 18.30 Uhr in der IHK zu Flensburg

Heinrichstraße 28-34, 24937 Flensburg

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Versammlungsleiter
2. Bericht des Vorsitzenden Thomas Meyhoff
3. Bericht der Projektgruppenleiter
 - 3.1. Wirtschaftsverkehr und Hafententwicklung (Gernot W. Thomsen)
 - 3.2. Arbeitskreis Personal (Wolfgang Harting)
 - 3.3. BDS Festausschuss (Susanne Rode-Kuhlig)
4. Haushalt / Erläuterung durch den Schatzmeister Christian Cieplik
 - 4.1. Bericht des Kassenprüfers
 - 4.2. Abrechnung Haushalt 2011
 - 4.3. Voranschlag 2012
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Anträge
 - 7.1. Beschlussfassung über die vom Vorstand vorgeschlagenen Umlagen für 2012 und 2013 über jeweils € 160,-
 - 7.3. Satzungsänderung § 8 Nr. 2
«Der Vorstand wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt.»
zu ändern in: «Der Vorstand wird alternierend wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt, wobei die/der Vorsitzende in Jahren mit gerader Endziffer, die weiteren Mitglieder in Jahren mit ungerader Endziffer gewählt werden.
 - 7.3 Namensänderung des Verbandes in «Kreisverband Flensburg Schleswig»
8. Verschiedenes
9. Schlusswort der/des Vorsitzenden

Programm Jahresmitglieder- versammlung

18:30 Uhr

Begrüßung durch den Haus-
herrn

18:40 Uhr

Begrüßung durch den
Vorsitzenden
Thomas Meyhoff

18:45 Uhr

Jahresmitgliederversammlung

19:50 Uhr

Vortrag von Dr. Fabian Geyer,
Arbeitgeberverband Flensburg
• Schleswig • Eckernförde e.V.

20:20 Uhr

Buffet

Ende der Veranstaltung
voraussichtlich ca. 21:00 Uhr

Dürfen wir bitten?

ERSTER BALL DER WIRT-
SCHAFT IN FLENSBURG

08. September 2012

Die Gerüchteküche kocht bereits seit Monaten und ja, es ist wahr, der BDS bittet zum Tanz und veranstaltet am 08. September 2012 im Strandhotel Glücksburg den ersten «Ball der Wirtschaft».

Genießen Sie einen unvergesslichen Abend und nehmen Sie sich - in einem exklusiven Rahmen - Zeit, besondere Momente mit uns zu erleben und zu feiern.

**Live-Musik | Tanz |kulinarischer
Hochgenuss | fesselndes Rahmen-
programm**

KLAUS-PETER
WILLSCH MDB
(CDU)

Der breiten Öffentlichkeit ist Klaus-Peter Willsch als «Euro-Rebell» bekannt. Vertreter des BDS-Präsidiiums trafen den CDU-Haushaltsexperten unlängst, um über die Befürchtungen des BDS hinsichtlich der Eurokrise zu sprechen. Der BDS äußerte seine Bedenken, die EU-Kommission könne die Europäische Zentralbank zu unbegrenzten Rettungsmaßnahmen zwingen, um mehr europäische Staatsanleihen aufkaufen zu dürfen. BDS-Präsident Günther Hieber machte deutlich, dass nach seiner Meinung „dann die Gelddruckmaschine angeworfen wird“, analog zur US-Notenbank FED.

Klaus-Peter Willsch teilt nach eigener Einschätzung diese Befürchtung und geht in seiner Beurteilung sogar noch einen Schritt weiter. Er könne sich vorstellen, dass einige Staats- und Regierungschefs die Lösung des Verschuldungsproblems durch eine höhere Inflationsrate befürworteten, wie dies bereits angelsächsische Ökonomen vorgeschlagen hätten. Zudem machte Klaus-Peter Willsch bei dem Gedankenaustausch seine Zweifel an der Wirksamkeit einer Fiskalunion deutlich, da nach seiner Ansicht der von den 27 EU-Staaten geschlossene zwischenstaatliche Vertrag rechtlich unwirksam sei.

THOMAS STROBL MDB (CDU)

Zu einem Hintergrundgespräch trafen sich BDS-Präsident Günther Hieber, Vizepräsident Hans-Peter Murmann und

Politik für den Mittelstand

Der BDS Bundesverband steht in einem kontinuierlichem Dialog mit der Politik um die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern und negativen Entwicklungen entgegen zu wirken. Die langjährige Beharrlichkeit und Kompetenz der Bundesverbandes zahlt sich aus. So gehört der BDS mittlerweile zu ersten zehn Verbänden, die um Stellungnahmen zu mittelstandsrelevanten Themen angefragt werden und findet auch in Hintergrund- und Informationsgesprächen Gehör.

Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer mit dem Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl. Strobl gilt auf dem politischen Parkett in Berlin als ausgezeichnet vernetzt, unterstützt wird dieser Eindruck unter anderem durch seine Funktion als Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag.

Die BDS-Vertreter brachten bei der Unterredung die Kritik des deutschen Mittelstandes hinsichtlich der seit August 2011 geltenden Stromnetzentgeltverordnung zum Ausdruck. Nach Ansicht von BDS-Präsident Günther Hieber wird hier das Verursacherprinzip auf den Kopf gestellt. „Konzerne mit dem höchsten Energiebedarf müssen für die Nutzung der Netze keinen Cent mehr berappen“, unterstrich Hieber. Die Zeche zahlten der Mittelstand und die Kleinverbraucher. Strobl zeigte Verständnis für die Bedenken des Verbandes und versprach, das Thema noch einmal mit den Energieexperten seiner Fraktion zu erörtern, um gegebenenfalls zu einer moderateren Lösung zu kommen. Neben allgemeinen mittelstandspolitischen Fragen, wie die Hinzurechnung von ertragsunabhängigen Komponenten bei der Gewerbesteuer, standen auch die

Belastungen für den deutschen Steuerzahler durch die EU-Rettungsschirme auf der Gesprächsagenda.

GESPRÄCH MIT
FRANK SCHÄFFLER
MDB (FDP)

Im Dezember fand ein Gespräch zwischen Mitgliedern des BDS-Bundesvorstandes und dem Abgeordneten Frank Schäffler statt. Unter anderem wollten die BDS-Vertreter von

dem FDP-Bundestagsabgeordneten wissen, ob sich die sogenannten Euro-Bonds überhaupt noch verhindern lassen. Weiterhin brachte Günther Hieber erneut seine Sorge darüber zum Ausdruck, dass die EU-Kommission die Europäische Zentralbank zu unbegrenzten Rettungsmaßnahmen zu Lasten des deutschen Steuerzahlers – damit vor allem des Mittelstandes – zwingen will.

GESPRÄCH MIT JÖRG VAN
ESSEN MDB (FDP)

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Jörg van Essen, traf sich vor allem zum Gedankenaustausch mit Repräsentanten des Bundesverbandes der Selbständigen. BDS-Präsident Günther Hieber nutzte das Gespräch vor allem, um die ertragsunabhängigen Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer, die Reform der Mehrwertsteuer (Ausnahmetatbestände) und den sogenannte Mittelstandsbauch bei der Einkommenssteuer zu thematisieren. Ebenfalls wurde die Ein-Prozent-Regelung kritisch diskutiert. Der Bundesverband wirbt dafür, dass künftig der Kaufpreis und nicht der Listenpreis eines



Klaus-Peter Willsch,
MdB (CDU)



Thomas Strobl MdB
(CDU)



Gespräch mit Frank
Schäffler MdB (FDP)



Jörg van Essen MdB
(FDP)



Dr. Martin Lindner
MdB (FDP)

Dienstfahrzeuges, das auch privat genutzt wird, ausschlaggebend ist. Der Geschäftsführer des BDS Landesverbandes NRW, Joachim Schäfer, legte gegenüber Jörg van Essen vor allem die Probleme dar, die dem Mittelstand durch das sogenannte SEPA-Verfahren entstehen.

**DR. MARTIN LINDNER MDB,
STV. VORSITZENDER DER FDP-
BUNDESTAGSFRAKTION**

In einem rund einstündigen Hintergrundgespräch diskutierte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Martin Lindner, mit BDS-Vizepräsident Hans-Peter Murmann und NRW-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer über Chancen und Risiken der Energiewende, über die Zukunft von Schwarz-Gelb und über eine zielorientierte Einwanderungspolitik. In diesem Zusammenhang machte Lindner deutlich, dass Deutschland Anreize geschaffen habe, die es lukrativ machten, in die deutschen Sozialkassen einzuwandern und nicht in den deutschen Arbeitsmarkt. Deshalb müsse ein System geschaffen werden, das es möglich mache, nach Deutschland einzuwandern und eine legale Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt auszuüben. „Beides muss so untrennbar vernetzt sein, dass man seinen Aufenthaltstitel automatisch verliert, wenn die Voraussetzungen für den Bezug von ALG II gegeben sind“, hob Martin Lindner hervor.

**HARTMUT KOSCHYK MDB,
PARLAMENTARISCHER
STAATSEKRETÄR**

Die aktuelle Eurokrise stand im Mittelpunkt eines Gespräches zwischen Parlamentarischem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk, und

BDS-Vizepräsidenten Hans-Peter Murmann sowie NRW-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer. Deutliche Kritik übte Hartmut Koschyk an den Ratingagenturen. Diese hätten bereits in den Jahren der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise total versagt. Deshalb sollten sich Investoren eher an den Prognosen der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds und weniger an den Beurteilungen der Ratingagenturen orientieren, so Koschyks Lagebeurteilung. Die Rahmenbedingungen einer geordneten Insolvenz eines Euromitgliedslandes sollten jedoch von den EU-Institutionen ernsthaft diskutiert werden.

**MANUEL HÖFERLIN MDB
(FDP)**

Der Euro-Rettungsschirm und die Lasten, die bei einer Inanspruchnahme durch den deutschen Mittelstand geschultert werden müssten, standen im Mittelpunkt eines Hintergrundgesprächs mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Manuel Höferlin. Darüber hinaus ging es bei dem Gespräch um die Forderung des Bundesverbandes der Selbständigen, den sogenannten Mittelstandsbauch bei der Einkommenssteuer zu begradigen und die kalte Progression zu beseitigen.

VOLKER KAUDER, VORSITZENDER DER CDU/ CSU BUNDESTAGSFRAKTION

Das Präsidium des Bundesverbandes der Selbständigen wurde von dem Vorsitzenden der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, in seinem Büro zu einem Gedankenaustausch empfangen. Schwerpunktthemen waren die Reform des Gewerbesteuerergesetzes, die elektronische Steuererklärung beziehungsweise die elektronische Bilanz, die Abschaffung

oder die Reduzierung des Solidaritätsbeitrages, der Europäische Rettungsschirm und die Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen. Auch das Thema „Neujustierung der Mehrwertsteuersätze“ stand auf der Tagesordnung. Volker Kauder informierte die BDS Repräsentanten darüber, dass eine Arbeitsgruppe derzeit prüfe, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz nur noch auf Grundnahrungsmittel anzuwenden und für alle Waren und Dienstleistungen einen abgesenkten Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent zu erheben.

RAINER BRÜDERLE, VORSITZENDER DER FDP-BUNDESTAGSFRAKTION

In einem Hintergrundgespräch mit Rainer Brüderle informierten Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer den FDP-Fraktionschef darüber, dass es für die meisten Selbständigen nicht nachvollziehbar sei, dass sich der Finanzminister weigere, den sogenannten Mittelstandsbauch zu begradigen, um die kalte Progression abzumildern, während Deutschland gleichzeitig Gefahr laufe, mit rund 211 Milliarden Euro für die EU-Pleitekandidaten haften zu müssen.

Bei dem Gedankenaustausch bekräftigte Brüderle seine Forderung nach einer Ausgabenbremse bei der Bundesagentur für Arbeit, da sich die Zahl der Job-sucher fast halbiert habe. Zudem stellte Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion eine Absenkung der Beiträge zur Rente in Aussicht.

Ausführliche Interviews und weitergehende Berichte finden sie auf der Seite des BDS Bundesverbandes www.bds-dgv.de.

Quelle: BDS Bundesverband



*Hartmut Koschyk
MdB (CSU)*



*Manuel Höferlin
MdB (FDP)*



*Volker Kauder
(CDU)*



*Rainer Brüderle
(FDP)*

POLITISCHE AKTIVITÄTEN UND INITIATIVEN

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Technischen Vorschriften für Überweisungen und Lastschriften (SEPA)

Die EU-Kommission beabsichtigt die Einführung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums. Das heißt, dass auch der Inlandzahlungsverkehr künftig mit einer 22-stelligen IBAN-Kontonummer abgewickelt werden soll. Und das, obwohl nach brancheninternen Zahlen höchstens ein Prozent der in Deutschland aufgegeben Überweisungsaufträge das Ausland betreffen. Besonders schwierig wird sich die Situation für den deutschen Einzelhandel, aber auch für Versicherungen und Verbände darstellen, weil immer mehr Kundenzahlungen im Rahmen des elektronischen Lastschriftverfahrens erfolgen.

Der Bundesrat hat die Problematik erkannt und die Bundesregierung aufgefordert, bei der Europäischen Kommission dahingehend zu intervenieren, dass innerstaatliche Zahlungsvorgänge wie bislang abgewickelt werden sollen. Seitens des Bundesverbandes der Selbständigen wurde Jörg van Essen, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, gebeten, die Anregungen des Bundesrates aufzugreifen, damit die Banken verpflichtet werden, neben der Angabe der BIC auch eine automatisch technische Umwandlung der bisherigen Kontonummern und Bankleitzahlen in die IBAN herbeizuführen.

Firmenwagenbesteuerung nach der Ein-Prozent-Regelung

Der Bundesverband der Selbständigen hat in einem Fachgespräch mit führenden Beamten des Bundesfinanzministeriums für eine Überprüfung der Ein-Prozent-Regelung (bezogen auf den Bruttolistenpreis) bei der Privatnutzung eines Firmenwagens gefordert. Eine Bemessung nach dem Bruttolistenpreis ist nach Ansicht des Verbandes kein geeigneter Maßstab zur Erfassung des geldwerten Vorteils, da in der Regel nicht der Bruttolistenpreis sondern ein viel geringerer Preis für das Fahrzeug gezahlt wird.

Das Geld wird knapper

In Anbetracht der 2011 noch anziehenden Konjunktur sank die Zahl der Insolvenzfälle. Im August kam es beispielsweise zu 2.583 Firmeninsolvenzen, was gegenüber dem Vorjahreszeitraum einem Rückgang von etwa 3 Prozent entspricht. Doch bereits jetzt zeichnet sich insbesondere für mittelständische Unternehmen eine neue Gefahr ab. Wegen der für 2012 nur noch sehr bescheidenen Konjunkturaussichten und der immer höheren Eigenkapitalanforderungen, ist im Laufe des Jahres bei etlichen Banken mit einer weiteren Einschränkung der Kreditvergabe zu rechnen. Mittelständische Unternehmer tun deshalb gut daran, sich ihre bestehenden (und in Zukunft vermutlich benötigten) Kreditlinien möglichst bald für die nächsten Jahre verbindlich zusichern zu lassen.

Finanzgericht lehnt „Chi-Quadrat-Test“ ab

Bei einer steuerlichen Außenprüfung arbeiten die Prüfer in letzter Zeit gerne mit dem sogenannten „Chi-Quadrat-Test“. Dabei wird, vereinfacht gesagt, das Zahlenwerk des zu prüfenden Unternehmens mit statistischen Methoden auf das gegenüber der statistischen Wahrscheinlichkeit gehäufte Vorkommen einzelner Ziffern überprüft. Ist dies der Fall, liegt nach den Regeln der Statistik der Verdacht nahe, dass die Zahlen manipuliert wurden. Die Prüfer unterstellen dann ein fingiertes Zahlenwerk und erhöhen die Einnahmen um einen von ihnen geschätzten Zuschlag. So ging es auch der Inhaberin eines Friseursalons, die sich allerdings mit dem „Steuersünder-Vorwurf“

und den hinzu geschätzten Umsätzen nicht abfinden wollte. Es kam zu einem Verfahren vor dem Finanzgericht Rheinland-Pfalz (Az. 2 K 1277/10), das den „Chi-Quadrat-Test“ als keinen hinreichenden Beweis für den Verdacht eines fingierten Zahlenwerks akzeptierte. Die Richter verwiesen die Finanzbeamten vielmehr auf die Preisliste des Friseursalons (z.B. „Föhnfrisur: 15,00 €“), die automatisch dazu führe, dass bei der Aufzeichnung der Einnahmen bestimmte Ziffern wie „0“ oder „5“ gehäuft auftreten.

Teilnehmer für Energie- forum ge- sucht

Der Bundesverband der Selbständigen steht kurz vor der Gründung eines Energieforums auf Bundesebene und sucht hierfür noch Fachleute und engagierte Unternehmer.

Deutschland ist bei den Energiekosten bereits jetzt einer der Spitzenreiter. Zum Vergleich: Kostete 2010 in Deutschland die Megawattstunde noch 82,00 € wurden in Polen nur 78,00 €, in Belgien sogar nur 72,00 € erhoben. Weitere Länder wie Norwegen (60,00 €), Irland (56,00 €) oder Frankreich (35,00 €) lagen sogar noch weit darunter.

Trotzdem plant die Regierung Großunternehmen mit hohem Stromverbrauch die Stromnetzgebühren zu erlassen. Derzeitig wird die Summe mit 1,1 Milliarden Euro beziffert. Doch wer trägt diese Kosten? Der BDS ist überzeugt, dass wir, der Mittelstand, wieder für den Kostenausgleich herangezogen werden. Zusätzlich lässt die Inkonsequenz hinsichtlich der Kernenergie die künftigen Strompreise durch notwendige Elektrizitätsimporte weiter steigen. Deutschland plant bis 2050 rund 30% des Stroms zu importieren. Zu den Exportländern zählen dabei insbesondere Frankreich und Tschechien, die weiterhin vor allem auf Atomstrom setzen.

Gemeinsam mit Ihnen möchten wir Problembereiche aufdecken und Lösungsmöglichkeiten erarbeiten und in einen konstruktiven Dialog mit der Politik treten.

Melden Sie sich gleich für weitere Informationen unter info@bds-sh.de oder 0461-77002033 bei Ihrem Landesverband.

Partnerinformation

DKV im Internet transparent und kundenorientiert

Schon lange können sich Kunden, die bei der DKV versichert sind, über das Internet einen persönlichen Bereich auf www.dkv.com einrichten. Der Service heißt „my dkv“.

Versicherten, die sich für den Kundenbereich „myDKV“ angemeldet haben, bietet die DKV besondere Services: Unter der Funktion „Bearbeitung verfolgen“ können DKV-Kunden - wie bei einem Paketdienst - erkennen, ob und wieweit ihre eingereichte Rechnung bereits bearbeitet wurde.

Dabei gibt es drei Phasen:

Status „Eingang“: Die Rechnung ist eingegangen. Diese Eingabe wird am Werktag nach der Erfassung im System der DKV aktiviert.
Status „in Bearbeitung“: Die Rechnung wurde erfasst und befindet sich „in Bearbeitung“.
Status „Auszahlung veranlasst“: Die Rechnung wurde abschließend bearbeitet, die Erstattung ist auf dem Weg zum Kunden.

Unter „myDKV“ können Kunden mit der „Rechnungsupload – Funktion“ gescannte Rechnungen hochladen und so direkt an die DKV übermitteln. Damit entfällt der Gang zum Briefkasten.

Wieder einige Gründe mehr, um sich bei „myDKV“ zu registrieren. Einfach die DKV-Homepage www.dkv.com aufrufen und sich im Kundenbereich „myDKV“ anmelden.

Deutsche Krankenversicherung AG
Direktion Firmen- und Verbandsgeschäft
50594 Köln
Telefon: 02 21/5 78 45 85
Telefax: 2 21/5 78 21 15
Mail: gruppenversicherung@dkv.com

Quo Vadis Schleswig-Holstein?

Wir fragen Politiker nach dem, was unsere Mitglieder bewegt!

Was haben die verschiedenen Parteien vor? Welche Schwerpunkte setzen sie und was tun sie für uns - die 91,09% der Unternehmen in Schleswig-Holstein, die weniger als 10 Beschäftigte haben? Fragen Sie nach!

Der BDS stellt momentan einen Fragenkatalog zusammen, um die kandidierenden Parteien auf Herz und Nieren zu prüfen? Doch was bewegt Sie? Auf welche Fragen möchten Sie antworten? Schicken Sie uns Ihre Vorschläge, wir sammeln diese und stellen sie den betreffenden Parteien.

Natürlich werden Ihre Fragen und Vorschläge - wie immer - anonymisiert.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören!

Von Waterkantgate über den Heidemörder

Der politische Geschichte der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein lesen sich beinahe wie ein Krimi.

Kiel 1987. Uwe Barschel (CDU) und Björn Engholm (SPD) reichen sich im Landtagswahlkampf 1987 demonstrativ die Hand. Doch der Wahlkampf war bestimmt von Intrigen. Die CDU schoss sich verbal auf Engholm ein. Barschel musste sich rechtfertigen und gab schließlich sein Ehrenwort, dass alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe haltlos seien. Doch es kamen massive Zweifel an seiner Unschuld auf. Uwe Barschel (CDU) trat daraufhin Anfang Oktober 1987 als Ministerpräsident zurück. Am 11. Oktober wird Uwe Barschel völlig überraschend tot aufgefunden. Er starb in der Badewanne seines Zimmers in diesem Genfer Hotel. Ob es Mord oder Selbstmord war, steht bis heute nicht fest. Der Fall aus schmutzigem Wahlkampf, falschem Ehrenwort und ungeklärtem Tod geht als «Barschel-Affäre» oder auch «Waterkantgate» in die deutsche Geschichte ein. Bei der Neuwahl zum Landtag errang Björn Engholm am 8. Mai 1988 zwar die absolute Mehrheit und löste damit die seit 38 Jahren regierende CDU ab. Doch die Freude währte nicht lange: Auch Björn Engholm wurde von «Waterkantgate» eingeholt. Im Mai 1993 trat er als Ministerpräsident zurück. Er musste einräumen, damals schon früh von den Intrigen und Machenschaften aus der vormals CDU-geführten Staatskanzlei gewusst zu haben. Auf Engholm folgte seine Parteigenossin Heide Simonis. Sie regierte von 1993 bis 2005. Ihr politisches Ende war ein echter Wahl-Krimi: Nach einem äußerst knappen Ergebnis bei der Landtagswahl 2005 scheiterte Heide Simonis am 17. März 2005 in vier Anläufen bei ihrer Wiederwahl zur Ministerpräsidentin. Sehr zur Freude von Peter Harry Carstensen (CDU). Denn Heide Simonis fehlte eine Stimme aus dem eigenen Lager. Ihr «Heide-Mörder» blieb bis heute unentdeckt. Simonis musste den Platz als Landesmutter räumen. Nun raufte sich in Kiel eine große Koalition zusammen. Peter Harry Carstensen (CDU) und der damalige SPD-Landesvorsitzende Claus Möller

unterzeichneten im April 2005 den Koalitionsvertrag. Doch bald knirschte es gewaltig in der Koalition. Innenminister Ralf Stegner (SPD) war mit seinem Vorstoß, durch Mehreinnahmen von Steuern Einschnitte für Beamte abzufedern, nach Ansicht der CDU zu weit gegangen. Die CDU war nach langen weiteren Querelen am 15. Juli 2009 schließlich soweit, die Koalition aufzukündigen. Dazu will Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) den Landtag auflösen. Der Versuch scheitert. Die Streithähne Peter Harry Carstensen und Ralf Stegner lieferten sich im Juli 2009 einen denkwürdigen Streit, als Carstensen im Landtag die Vertrauensfrage stellte und wie beabsichtigt verlor. Damit war der Weg für Neuwahlen im September 2009 schließlich doch frei. Der Wahlkampf konzentrierte sich völlig auf die beiden Erzrivalen Peter Harry Carstensen (CDU) und Ralf Stegner (SPD). Am Ende hatte Peter Harry Carstensen CDU die Nase vorn: Dank Überhangmandaten erhielt sie zusammen mit der FDP eine parlamentarische Mehrheit. Carstensen ging mit Wolfgang Kubicki von der FDP (l.) eine Koalition ein, die sich auf einen hauchdünnen Vorsprung stützt. SPD-Spitzenkandidat Ralf Stegner hat das Nachsehen: Seine Partei verlor dramatisch und kam nur auf 25,5 Prozent der Stimmen. 2005 waren es noch fast 39 Prozent gewesen.

Doch die übrigen Parteien finden sich mit der schwarz-gelben Koalition in Kiel nicht ab: Sie klagen, wie hier Hans Peter Schneider (r.) für die Linken, gegen die umstrittene Mandatsverteilung. Im August 2010 steht schließlich fest: Die Sitzverteilung im Kieler Landtag von 2009, die nur durch die vielen Überhangmandate zustande gekommen ist, entspricht nicht der Verfassung. Schleswig-Holstein braucht ein neues Wahlgesetz und muss den Landtag neu wählen. Die Fraktionschefs haben sich darauf geeinigt, dass die Wahl im Mai 2012 stattfinden soll.

Quelle: Welt-Online

06. Mai 2012: Landtagswahl SH

Der Tag der Entscheidung rückt näher: Am 06. Mai wählen die Schleswig-Holsteiner einen neuen Landtag. Laut verschiedener Umfragen ist es dabei völlig offen, welche Parteien den Sprung ins Parlament schaffen und wer eine Regierungstragende Mehrheit bilden kann. Fest steht immerhin eines: Schleswig-Holstein bekommt einen neuen Ministerpräsidenten.

CDU-Regierungschef Peter Harry Carstensen, seit 2005 im Amt, tritt nicht wieder an. Die Union schickt Wirtschaftsminister Jost de Jager als Spitzenkandidaten ins Rennen, bei der SPD geht der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig an den Start.

Erstmals kommt das neue Landeswahlgesetz zur Anwendung, das der Landtag im vergangenen Jahr nach kontroverser Debatte beschlossen hat. Das Landesverfassungsgericht hatte das alte Regelwerk als verfassungswidrig eingestuft, Nachbesserungen gefordert und zugleich die aktuelle Wahlperiode auf drei Jahre begrenzt. Eine geringere Anzahl von Wahlkreisen (35 statt 40) soll nun dafür sorgen, dass der Landtag nicht erneut über seine Sollstärke von 69 Abgeordneten hinaus anwächst. Derzeit hat das Parlament 95 Mitglieder.

Kommt es dennoch zu Überhang- und Ausgleichsmandaten, so soll sich das Zweitstimmen-Ergebnis in der Sitzverteilung widerspiegeln. Das war im alten Gesetz nicht sichergestellt.

Und: Ein neues Zählverfahren (Sainte-Laguë/Schepers statt d'Hondt) soll den bisherigen Verzerrungseffekt zuungunsten kleinerer Parteien beseitigen.

Vorbehaltlich der aktuellen Entwicklung im Saarland wird die Wahl im Norden der einzige Urnengang auf Landesebene im Jahr 2012 sein. Entsprechend rückt das nördlichste Bundesland in den Fokus des bundesweiten Interesses. Bereits zu Jahresbeginn waren zahlreiche Berliner Spitzenpolitiker nach Schleswig-Holstein gekommen.

Quelle: Der Landtag

Der Landtag von A bis Z

Welche Aufgaben hat ein Abgeordneter, welche Regeln gelten bei einer Plenarsitzung und wie ist das "Innenleben" des Parlaments organisiert? Mit freundlicher Unterstützung der Landtagszeitung veröffentlichen wir bis zur Landtagswahl am 06. Mai 2012 die Serie «Der Landtag von A bis Z», in der diese und viele weitere Fragen beantwortet werden – von A wie Abgeordneter bis Z wie Zweitstimme.

A

Abgeordnete

Abgeordnete sind die Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Das besagen sowohl das Grundgesetz als auch die schleswig-holsteinische Landesverfassung. Zu den wesentlichen Aufgaben von Parlamentsabgeordneten gehören die Mitarbeit an Gesetzen sowie die Wahl des Regierungschefs und die Kontrolle der Regierungsarbeit. Hierzu können sie Anträge und Fragen an die Regierung stellen. Um die Arbeitsbelastung effektiv aufzuteilen, schließen sich Abgeordnete einer Partei zu Fraktionen zusammen, die dann in der Regel ihre Position geschlossen nach außen vertreten, zum Beispiel durch ein einheitliches Abstimmungsverhalten im Landtag.

Absolute Mehrheit

Unter absoluter Mehrheit versteht man die Mehrheit der Mitglieder des Landtages (zurzeit insgesamt 95, also liegt die absolute Mehrheit bei 48).

Aktuelle Stunde

Über eine bestimmte Frage von allgemeinem Interesse kann eine Aktuelle Stunde von einer Fraktion oder von mindestens fünf Abgeordneten beantragt werden. Der Antrag muss spätestens zwei Tage vor Sitzungsbeginn gestellt werden. Bei einer Aktuellen Stunde beraten die Abgeordneten ohne feste Rednerliste über einen Gegenstand von tagesaktueller Bedeutung. Die Redezeit ist auf fünf Minuten pro Beitrag begrenzt. Die Reden sollen frei gehalten werden. Die Gesamtrededezeit der Abgeordneten darf 60 Minuten nicht überschreiten; hinzu kommt das Zeitkonto der Landesregierung von maximal 30 Minuten. Mit einer Aktuellen Stunde wird kein konkreter Beschluss herbeigeführt, sie dient vorrangig dem

Meinungsaustausch und der Darstellung der unterschiedlichen Standpunkte gegenüber der Öffentlichkeit.

Alterspräsident

Die konstituierende Sitzung einer Wahlperiode wird traditionell vom Alterspräsidenten eröffnet. Anders als im Bundestag und in allen anderen Landesparlamenten gilt in Schleswig-Holstein nicht der älteste Abgeordnete als Alterspräsident, sondern der dienstälteste. Diese Sonderregelung hat der Landtag zu Beginn der 13. Wahlperiode 1992 beschlossen, um zu verhindern, dass ein Mitglied der rechtsextremen DVU den Posten übernimmt.

Ältestenrat

Den Ältestenrat des Landtages bilden der Präsident, seine vier Stellvertreter und je ein Mitglied der Fraktionen (in der Regel der Vorsitzende). Es handelt sich hier – trotz des Namens – also nicht notwendigerweise um die ältesten Parlamentsangehörigen. Zu den wichtigsten Aufgaben dieses Gremiums zählt es, eine Verständigung zwischen den Fraktionen über den Arbeitsplan des Landtages und über die Tagesordnung von Plenarsitzungen herbeizuführen. Der Ältestenrat ist die politische Klärungs- und Schlichtungsstelle des Landtages.

Anträge

Die Abgeordneten können auf Gesetzgebung und Politik des Landes durch Anträge einwirken. Mit ihnen wird die Landesregierung aufgefordert, dem Parlament über bestimmte Ereignisse oder Politikbereiche zu berichten oder einen Gesetzentwurf zur Regelung bestimmter Dinge vorzulegen.

Auflösungsrecht

Laut der schleswig-holsteinischen Landesverfassung gibt es zwei Möglichkeiten, die Wahlperiode vorzeitig zu beenden und Neuwahlen herbeizuführen. Zum ei-

nen kann der Landtag, anders als der Bundestag, diesen

Beschluss mit Zweidrittelmehrheit selbst fällen. Zum anderen kann der Ministerpräsident die Bürger zur Wahlurne rufen, wenn er eine Vertrauensabstimmung im Parlament verliert und der Landtag nicht binnen zehn Tagen einen Nachfolger wählt. In beiden Fällen muss innerhalb der nächsten 70 Tage gewählt werden.

Ausschüsse

Ausschüsse sind wichtige Hilfsorgane des Parlaments. Weil die Detailarbeit nicht während der Landtagssitzungen – im Plenum – geleistet werden kann, beauftragt der Landtag die Fachpolitiker in den Ausschüssen mit der Vorbereitung der Landtagsbeschlüsse. Die Ausschüsse legen dem Landtag nach Abschluss ihrer Beratungen die erzielten Ergebnisse vor und geben eine Beschlussempfehlung ab. Mit Angelegenheiten aus ihrem Aufgabengebiet dürfen sie sich auch ohne Auftrag des Landtages befassen und dem Plenum Vorschläge unterbreiten (das sogenannte Selbstbefassungsrecht). Den Ausschüssen gehören in der 17. Wahlperiode jeweils 13 Abgeordnete an. Ausschüsse sind ein verkleinertes Abbild des Parlaments, denn die Fraktionen sind dort gemäß ihrer Stärke im Plenum vertreten: CDU 5 Sitze, SPD 3, FDP 2, Grüne, Linke und SSW je einen. Bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Petitionsausschuss) sind die Sitzungen öffentlich. Die acht Ausschüsse des Schleswig-Holsteinischen Landtages:

- Innen- und Rechtsausschuss
- Finanzausschuss
- Bildungsausschuss
- Umwelt- und Agrarausschuss
- Wirtschaftsausschuss
- Sozialausschuss
- Europaausschuss
- Petitionsausschuss

Daneben gibt es weitere Fachgremien, in denen Landtagsabgeordnete wirken, etwa das Kontrollgremium für den Verfassungsschutz oder den Richterwahl-

- Fortsetzung Seite 14-

- Fortsetzung von Seite 13 -

ausschuss. Zur Bearbeitung bestimmter Themenfelder kann das Parlament zudem Untersuchungsausschüsse, Sonderausschüsse oder Enquête-Kommissionen einsetzen.

B

Beauftragte

Beim Landtag sind drei Beauftragtenstellen angesiedelt, die Beratung zu bestimmten Themen anbieten und dem Parlament regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten können Bürger auf eine umfassende rechtliche Beratung zu allen Fragen des Sozialrechts zurückgreifen, von Hartz IV über Gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung bis hin zum Wohngeld. Die Bürgerbeauftragte vertritt die Anliegen der Bürger auch gegenüber den Behörden, Dienststellen und Einrichtungen des Landes. Dabei kann sie Stellungnahmen einholen und Akten einsehen.

Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen versteht sich als Anwalt der Menschen mit Migrationshintergrund und bemüht sich darum, Brücken zwischen Politik, Behörden und den Netzwerken der Ausländer und Migranten zu bauen. Er vermittelt Beratungen, vertritt die Interessen der Flüchtlinge in der Öffentlichkeit und beteiligt sich an Rechtsetzungsverfahren.

Das Amt des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung ist 2009 vom Sozialministerium zum Landtag gewechselt. Der Behindertenbeauftragte berät den Landtag und die Landesregierung bei Vorhaben, die Belange der Menschen mit Behinderung berühren, um so die Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft aktiv zu fördern und gleichwertige Lebensbedingungen anzustreben. Er hält engen Kontakt mit Behindertenorganisationen.

Bundesrat

Über den Bundesrat nehmen die Bundesländer, vertreten durch ihre Regierungen, Einfluss auf die Entscheidungsfindung im Bund. Das Gremium hat 69 Mitglieder. Das Stimmengewicht eines Landes hängt von seiner Einwohnerzahl ab – Schleswig-

Holstein hat vier Stimmen. Die Stimmen eines Landes können nur geschlossen abgegeben werden.

Zahlreiche Gesetze des Bundes können erst in Kraft treten, wenn sie auch vom Bundesrat abgesegnet worden sind. Diese sogenannten Zustimmungsgesetze betreffen Verfassungsänderungen, aber auch Bundesgesetze, die Auswirkungen auf die Finanzen der Länder haben – insbesondere das Steuerrecht sowie Gesetze, die in die Organisations- und Verwaltungshoheit der Länder eingreifen. Zudem kann die Länderkammer gegen jedes Bundesgesetz Einspruch erheben. In diesem Fall tritt es nur in Kraft, wenn der Bundestag das Gesetz mit absoluter Mehrheit noch einmal bestätigt. Bei einer Zweidrittel-Ablehnung im Bundesrat ist sogar eine Bestätigung durch zwei Drittel des Bundestages nötig.

Bundesratsinitiative

Um ein politisches Ziel auf Bundesebene durchzusetzen oder einen Gesetzgebungsprozess in Berlin anzustoßen, kann der Landtag die Landesregierung auffordern, in der Länderkammer mit einer Bundesratsinitiative aktiv zu werden.

D

Diäten

Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages erhalten für die Ausübung ihres Mandats eine monatliche finanzielle Entschädigung, die sie versteuern müssen. Derzeit sind es 6.990 Euro. Laut Abgeordnetengesetz passt sich die Entwicklung der Diäten der allgemeinen Lohnentwicklung in Schleswig-Holstein an, „wie sie anhand der Ergebnisse der Arbeitskreise Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder und Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder festgestellt wird“. Für die Ausübung parlamentarischer Funktionen erhalten der Landtagspräsident, seine Stellvertreterinnen, die Fraktionsvorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer Zulagen in unterschiedlicher Höhe.

Die Abgeordneten müssen sich um ihre Altersvorsorge selbst kümmern; sie erhalten dafür 1.500 Euro im Monat.

Diskontinuität

Das Diskontinuitätsprinzip besagt, dass Gesetzesvorhaben, die innerhalb einer Wahlperiode nicht verabschiedet worden sind, nach Ablauf dieser Periode automatisch verfallen. Sollte das neu gewählte Parlament dieses Vorhaben weiterhin verfolgen wollen, muss das Gesetzgebungsverfahren komplett neu beginnen.

Drucksachen

Alle Vorlagen für den Landtag werden in gedruckter Form an die Abgeordneten und Verwaltungsangestellten des Landtages sowie an die Landesministerien und die Presse verteilt. Sie erhalten die Nummern der Wahlperiode und eine fortlaufende Nummer (z. B. 17/1234). Zudem stehen den Abgeordneten und der Verwaltung Umdrucke der Anträge, Gutachten und Stellungnahmen zur Verfügung, die in den Ausschüssen beraten werden.

E

Einfache Mehrheit:

Im Normalfall genügt bei einer Abstimmung im Landtag die einfache Mehrheit, also die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Enthaltungen werden nicht mitgezählt. Theoretisch könnte der Landtag bei momentan 95 Mitgliedern mit zwei Ja- gegen eine Nein-Stimme und 92 Enthaltungen eine Entscheidung treffen.

Entschließungsantrag:

Obwohl ihn die Geschäftsordnung des Landtages nicht kennt, hat sich der Begriff „Entschließungsantrag“ (häufig auch Resolution genannt) in der parlamentarischen Praxis eingebürgert. Mit einem solchen Antrag soll keine konkrete Maßnahme gefordert, sondern die Haltung des Landtages zu einem bestimmten Thema verdeutlicht werden, zum Beispiel die Unterstützung oder Ablehnung eines Vorhabens der Bundesregierung oder der Europäischen Union.

Erststimme:

Bei der Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag wie auch zum Bundestag haben die Wähler zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird ein Direktkandidat für einen Wahlkreis bestimmt. Der Kandidat, der die relative Mehrheit der Stimmen erreicht, zieht direkt ins Parlament

ein. Die Zweitstimme gilt dann der Liste einer Partei.

F

Fragestunde:

Jeder Abgeordnete kann im Rahmen einer Plenarsitzung Fragen zur direkten Beantwortung an die Landesregierung richten. Themen sollen die Bereiche Landespolitik und Verwaltung sein. Der zuständige Minister muss mündlich antworten. Anschließend kann der Abgeordnete, der die Fragestunde auf die Tagesordnung gesetzt hat, drei Zusatzfragen stellen, und auch andere Parlamentarier können mit eigenen Fragen "nachhaken". Die Fragestunde ist vor allem für die Opposition ein Instrument, öffentlich auf vermeintliche Fehler der Regierung aufmerksam zu machen.

Fraktionen:

Abgeordnete derselben Partei bilden im Parlament eine Fraktion. Hier arbeiten sie eng zusammen, um ihre politischen Vorstellungen geschlossen und wirkungsvoll nach außen zu vertreten. Die gemeinsamen Positionen werden in den wöchentlichen Fraktionssitzungen sowie bei den Treffen der Facharbeitskreise festgelegt. Intern herrscht Arbeitsteilung: Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter leiten die Fraktion, die Parlamentarischen Geschäftsführer kümmern sich um die organisatorischen Abläufe, und jeder Abgeordnete ist insbesondere für seinen Fachbereich zuständig. Voraussetzung für die Bildung einer Fraktion ist, dass die Partei mit mindestens vier Abgeordneten in den Landtag einzieht.

G

Geheime Abstimmung:

Bei Wahlen, etwa des Ministerpräsidenten oder des Landtagspräsidenten, muss es im Landtagsplenum eine geheime Abstimmung durch Abgabe von Stimmzetteln geben. Auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag kann aber auch offen abgestimmt werden, solange nicht mindestens 18 Abgeordnete widersprechen.

Geschäftsordnung:

Die Geschäftsordnung soll für faire und transparente Abläufe im Parlament sorgen. Sie regelt unter anderem den Verlauf der Plenarsitzungen, die Rolle der Ausschüsse und die Informationsrechte der Abgeordneten gegenüber der Landesregierung wie auch die Antwortpflichten der Regierung gegenüber dem Parlament. Auch das Petitionswesen, die Behandlung von Volksinitiativen und das parlamentarische Ordnungsrecht sind hier verankert.

Gesetzesberatung:

Die Initiative für einen Gesetzentwurf kann von verschiedenen Seiten ausgehen. Die Vorlage kann von einer Fraktion, einem oder mehreren Abgeordneten, aber auch von der Landesregierung oder einer Volksinitiative stammen. Gesetzentwürfe durchlaufen im Landtag zwei, gegebenenfalls auch drei Beratungen (Lesungen).

- Erste Lesung: Hier werden die allgemeinen Grundsätze der Vorlage besprochen (Grundsatzberatung). Anschließend wird der Gesetzentwurf an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen. Dort wird das Thema von den Fachpolitikern der Fraktionen intensiv diskutiert, und die betroffenen Verbände, etwa die kommunalen Spitzenverbände, werden angehört.
- Zweite Lesung: Nach der Beratung in den Fachausschüssen wird ein Gesetzentwurf in der vom federführenden Ausschuss vorgelegten Fassung vom Landtag erneut beraten. In dieser so genannten Einzelberatung geht es vor allem darum, bei strittig gebliebenen Punkten die unterschiedlichen Standpunkte der Fraktionen herauszustellen.
- Dritte Lesung: Hat die Mehrheit des Landtages auch nach der Zweiten Lesung noch Klärungsbedarf, so geht die Beratung in die dritte Runde. Dritte Lesungen kommen in Schleswig-Holstein jedoch äußerst selten vor.
- Schlussabstimmung: Landesgesetze werden mit einfacher Mehrheit vom Landtag beschlossen. Der Ministerpräsident fertigt unter Mitzeichnung der beteiligten Landesminister die Gesetze aus und verkündet sie im Gesetz- und Verordnungsblatt.

Gesetzgebungskompetenz:

Das Grundgesetz kennt verschiedene Wege, wie ein Gesetz im föderalen System zustande kommen kann und gibt auch an, welche Ebene für welches Aufgabengebiet zuständig ist.

- Ausschließliche Gesetzgebung der Länder: Sie erfasst die Fälle, in denen nicht der Bund, sondern allein die Länder zuständig sind. Beispiele hierfür sind Kultur- und Bildungswesen, Medien, Kommunen, Polizei und Landesverwaltung. Mit der Föderalismusreform I aus dem Jahr 2006 sind weitere Bereiche hinzugekommen, etwa der Ladenschluss oder das Gaststättenrecht (Stichwort: Rauchverbot).
- Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes: Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz unter anderem über die auswärtigen Angelegenheiten, über die Verteidigung, das Staatsangehörigkeitsrecht, den Zoll oder über Post, Eisenbahn und Luftverkehr. Im Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung nur, wenn sie hierzu durch ein Bundesgesetz ausdrücklich ermächtigt sind.
- Konkurrierende Gesetzgebung: Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seinem eigenen Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht. Der Bund kann eine deutschlandweite Regelung herbeiführen, wenn eine Angelegenheit durch die Gesetzgebung der Länder nicht wirkungsvoll geregelt werden kann, wenn die Regelung in einem Land die Interessen anderer Länder oder der Gesamtheit beeinträchtigen könnte oder um gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet herbeizuführen. Insgesamt führt das Grundgesetz 32 Bereiche auf, die der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegen. Hierzu zählen viele Aspekte des Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeitsrechts, die Seeschifffahrt oder der Straßenverkehr.

*Mit freundlicher Genehmigung von
„Der Landtag“*

Was macht eigentlich der Landtag?

BDS SH



HAUPTAUFGABE: DISKUTIEREN

«Öffentliche Angelegenheiten» ist ein sehr weit gefasster Begriff. Damit kann jedes Thema gemeint sein, dass für die Gesellschaft oder zumindest für einen Teil davon, von Bedeutung ist: vom Schulsport über die Gütesiegel in der Holzwirtschaft bis hin zum Tourismusstandort Schleswig-Holstein. Der Landtag ist also ein Forum für die politische Meinungs- und Willensbildung.

Tatsächlich beschäftigt sich sogar ein großer Teil der parlamentarischen Arbeit mit diesen «öffentlichen Angelegenheiten». In der 16. Wahlperiode (März 2005 bis Oktober 2009) debattierte der Landtag 2990 sogenannte «Beratungsgegenstände». Bei lediglich 223 davon handelte es sich um Gesetzesvorlagen. Ein großer Teil des Restes waren Diskussionen zu allen möglichen Themen, die auf Anträge oder Anfragen einzelner Abgeordneter oder ganzer Fraktionen zurück gingen.

Diese Diskussionen haben in den meisten Fällen keine unmittelbaren Auswirkungen auf Gesetze oder Verordnungen. Dennoch sind sie wichtig.

Zum einen haben Abgeordnete die Möglichkeit, durch Anfragen und Berichtsanträge die Landesregierung zu einer Stel-

Artikel 10, Satz 1
schleswig-holsteinische Landesverfassung

lungnahme aufzufordern. Die Regierung muss dann also vor dem Landtag und damit vor der Öffentlichkeit «Farbe bekennen» und sich der Kritik der Abgeordneten stellen. Dies gehört zu der in der Verfassung erwähnten Kontrollfunktion des Parlamentes.

Ebenso können Abgeordnete oder Fraktionen Themen «besetzen», d.h. in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Die regierungstragenden Parteien nutzen die Plenarsitzungen, um die Erfolge ihrer Politik heraus zu stellen. Die Opposition hingegen kann auf diese Weise auf Bereiche aufmerksam machen, in denen sie Versäumnisse der Regierung bemerkt, und so sich selbst als bessere Alternative präsentieren.

Schließlich reagiert das Parlament auch auf aktuelle Entwicklungen und arbeitet durch eine öffentliche Diskussion die unterschiedlichen Standpunkte zu einem bestimmten Thema heraus.

BEDEUTUNGSVERLUST? NEIN, ABER...

Häufig hört man den Vorwurf, die Landtage hätten in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Sie würden nur

noch diskutieren, heißt es, ohne auf die Entwicklungen konkreten Einfluss nehmen zu können.

Diese Kritik ist teilweise berechtigt, obwohl die Länderparlamente daran keine Schuld tragen. Zum Beispiel sind einige Kompetenzen von den Ländern an den Bund übergegangen.

Durch den Ausbau der Europäischen Union wiederum sind Teile der nationalen Gesetzgebung an die EU-Kommission und an das Europäische Parlament abgetreten worden. Bundestag und Länderparlamente haben oft nur einen sehr engen Spielraum bei der Umsetzung von EU-Vorgaben.

Auf der anderen Seite hat das Arbeitspensum des schleswig-holsteinischen Landtags im Lauf der Jahre nicht abgenommen, sondern, im Gegenteil, sogar zugenommen. In der 16. Wahlperiode wurden, wie schon erwähnt, 2990 Beratungsgegenstände behandelt. In der 8. Wahlperiode (1975 bis 1979), also vor gut 30 Jahren, waren es 2110. Wurden von 2005 bis 2009 insgesamt 223 Gesetzesvorlagen eingebracht, so waren es 30 Jahre davor 107.

An der Arbeitsweise hat sich also nichts Entscheidendes geändert. Damals wie heute ist es neben der Gesetzgebung eine zentrale Aufgabe des Landtages, Fragestellungen von allgemeiner Bedeutung für die Öffentlichkeit aufzugreifen und kontroverse Standpunkte darzustellen. Diese «Diskussionsfunktion» des Parlaments macht politische Entscheidungsprozesse transparent und ist daher wichtig für das politische Klima und die politische Kultur in einer demokratischen Gesellschaft.

Hier, wie es manchmal geschieht, von einer «Quasselbude» zu sprechen, ist deshalb ungerechtfertigt. Dennoch bleibt es Aufgabe der Landtage, angesichts der erwähnten Kompetenzverschiebungen ihre Bedeutung immer wieder unter Beweis zu stellen.

Quelle: www.landtag.lsh.de

Steuer News

Nielsen Wiebe & Partner

GEÄNDERTE NACHWEIS- PFLICHTEN BEI GRENZ- ÜBERSCHREITENDEN LIEFERUNGEN (GELANGENS- BESTÄTIGUNG)

Mit Wirkung zum 1.1.2012 hat der Gesetzgeber die umsatzsteuerlichen Nachweispflichten bei grenzüberschreitenden Lieferungen (Ausfuhr und innergemeinschaftliche Lieferung) geändert. Im Wesentlichen wurden die bisherigen «Soll-» zu «Muss-Anforderungen», so dass alternative Nachweise nur noch im Einzelfall zulässig sind. Das Bundesfinanzministerium hat allerdings eine Übergangsfrist von 6 Monaten vorgesehen, so dass die Neuregelungen erst ab dem 01.07.2012 bindend werden.

Sofern die im Folgenden genannten Nachweise nicht erbracht werden, besteht das Risiko, dass die Umsatzsteuerfreiheit für grenzüberschreitende Lieferungen versagt wird.

Für Ausfuhrlieferungen in Nicht-EU-Länder wird im Regelfall nur noch der elektronische Ausgangsvermerk der Ausgangszollstelle als Nachweis akzeptiert. Vereinfachungen gibt es unter anderem bei einem Warenwert bis EUR 1.000 oder wenn die Zollstelle aus technischen Gründen keinen elektronischen Ausgangsvermerk erstellen konnte.

Sofern der Spediteur die Ausfuhranmeldung abgegeben hat, bleibt es bei dem Nachweis durch die vollständig ausgefüllte Spediteursbescheinigung. Die Bescheinigung wurde nur inhaltlich etwas angepasst; es muss z.B. zwingend die «Movement-Reference-Number» (MRN-Nummer) ausgewiesen werden.

Für innergemeinschaftliche Lieferungen in andere EU-Länder wird eine sogenannte „Gelangensbestätigung“ eingeführt. Diese Bestätigung ersetzt die bisherigen Dokumente und soll die Nachweisführung vereinheitlichen. Der Abnehmer bestätigt hierin im Nachhinein den bereits vollzogenen Warentransport gegenüber dem liefernden Unternehmer bzw. dem Spediteur. In der Bestätigung müssen

unter anderem auch der Tag und Ort der Warenübergabe an den Abnehmer ausgewiesen werden; dies sahen die bisherigen Nachweisdokumente nicht zwingend vor. Sofern der Abnehmer die Gelangensbestätigung gegenüber dem Spediteur abgibt, muss der Spediteur gegenüber dem liefernden Unternehmer versichern, dass ihm diese Bestätigung vorliegt. Sofern das Finanzamt die Gelangensbestätigung zwecks Prüfung anfordert, muss der Spediteur diese zeitnah zur Verfügung stellen. Sofern die Gelangensbestätigung nicht vorgelegt werden kann, hat der liefernde Unternehmer das Risiko, dass das Finanzamt die Steuerfreiheit versagt und Umsatzsteuer festsetzt!

Die Versicherung des Spediteurs, dass er im Besitz der Gelangensbestätigungen ist, sollte daher unbedingt lückenlos durch den liefernden Unternehmer eingefordert werden. Sollten trotz dieser Versicherung Zweifel bestehen, dass die Gelangensbestätigung vorliegt, ist zu empfehlen, sich diese in Kopie vom Spediteur für die eigenen Unterlagen übersenden zu lassen.

VERSPÄTETE STEUERANMEL- DUNGEN: STEUERHINTERZIE- HUNGEN!

Die verzögerte Abgabe einer Steueranmeldung wurde bisher als «Steuerhinterziehung auf Zeit» angesehen. Da die Verspätung aber oft aus Versehen erfolgt ist (z.B. Krankheit, Vergesslichkeit), verzichtete die Finanzverwaltung in der Vergangenheit auf die automatische Einschaltung der Straf- und Bußgeldstelle. Diese Möglichkeit war in den Anweisungen für das Straf- und Bußgeldverfahren ausdrücklich vorgesehen.

Nach den neuen Anweisungen für das Straf- und Bußgeldverfahren 2012 ist diese Möglichkeit gestrichen worden. Daher ist zu befürchten, dass die Finanzämter in Zukunft verspätete Steueranmeldungen (insbesondere Umsatz-, Lohn- und Kapitalertragsteueranmeldungen) an die Strafsachenstelle weiterleiten.

Es bleibt zu hoffen, dass die Finanzverwaltung kleinere Fälle bzw. begründete Ausnahmefälle weiterhin angemessen behandelt, so dass eine Eskalation des Steuerverfahrens vermieden wird.

Steuerpflichtige sollten jedoch sicherheitshalber noch genauer auf eine rechtzeitige Abgabe achten.

VERZÖGERUNGSGELD BEI EINER BETRIEBSPRÜFUNG

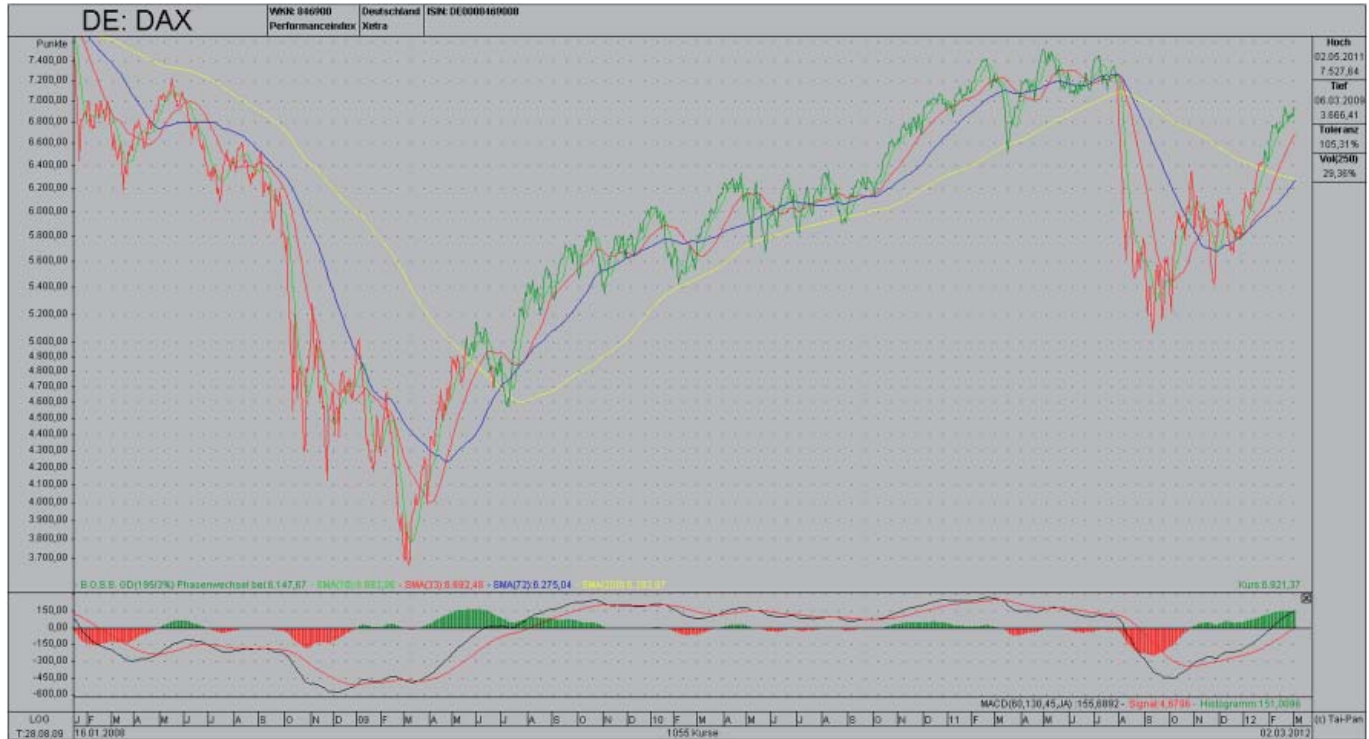
Seit 2009 kann die Finanzverwaltung ein Verzögerungsgeld festsetzen, wenn ein Steuerpflichtiger bei einer steuerlichen Betriebsprüfung nicht innerhalb einer angemessenen Frist

- Auskünfte erteilt,
- Unterlagen vorlegt oder
- einen Datenzugriff auf die Finanzbuchhaltung einrichtet.

In diesen Fällen kann das Verzögerungsgeld von EUR 2.500 bis EUR 250.000 betragen. Gleiches gilt, wenn der Steuerpflichtige seine Buchführung ohne Erlaubnis der Finanzverwaltung ins Ausland verlagert. Der Bundesfinanzhof hat am 16.6.2011 vorläufig entschieden, dass ein Verzögerungsgeld nur einmalig eingefordert werden kann. Werden angeforderte Unterlagen auch nach der Festsetzung des Verzögerungsgeldes nicht vorgelegt, darf wegen dieser Unterlagen nicht noch einmal ein Verzögerungsgeld festgesetzt werden.

Daneben besteht aber die Möglichkeit, nach einer entsprechenden Androhung ein Zwangsgeld zu verhängen, das höchstens EUR 25.000 betragen darf. Das Zwangsgeld kann auch - anders als das Verzögerungsgeld - wegen derselben Verpflichtung erneut angedroht und festgesetzt werden, wenn die Festsetzung des ersten Zwangsgelds erfolglos geblieben ist. Das festgesetzte Zwangsgeld muss jedoch nicht mehr gezahlt werden, wenn der Steuerpflichtige nach der Festsetzung des Zwangsgelds seiner Verpflichtung nachkommt. Die Verwaltung hat in diesen Fällen den Vollzug einzustellen.

Thomas Nielsen,
Nielsen Wiebe & Partner
www.nwup.



Börsenbarometer

Starke Schwankungen

Spektrum Finanzberatung

Viele Themen des letzten Jahres, beschäftigen uns auch jetzt wieder. Griechenland, Euro-Schwäche und natürlich: Was macht der DAX daraus. Im August September kam es zu dem lange angekündigten und befürchteten Rückschlag im Aktienmarkt. Bis zu 30% verlor der DAX in wenigen Wochen. Wohl dem, der seine Aktien abgesicherte oder durch die Zusammensetzung der Papiere Stabilität in das Depot brachte. Diese erreichen Sie, falls die Papiere sich nicht miteinander im Gleichlauf befinden. Dann ist die Korre-

lation gering. Unser Musterdepot Wachstum ist genauso aufgebaut. Die Verluste in diesem Zeitraum lagen bei maximal 3%, also verlor der DAX 10 mal so viel.

Zwischenzeitlich hat eine ansteigende Phase begonnen, Ich erwarte Kurse im DAX bis maximal 7000 Punkte. Dann wird neu entschieden. Rund zwei Drittel des Kursverlustes sind jetzt erst einmal wieder aufgeholt.

Aktuell sieht es charttechnisch noch ganz gut aus. Wie immer können negative

Nachrichten aber die Börsen trotz guter Stimmung beeinflussen. Z.B. ist ein höherer Schuldenschnitt als die bereits vereinbarten und eingepreisten 50% - 70% in Griechenland eine solche Meldung.

Fazit: Die Gefahr ist noch nicht vorbei, es sieht aber deutlich besser aus.

*Lothar Koch,
 Spektrum Finanzberatung
www.spektrum-finanzenberatung.de*

Jubiläen und Geburtstage

Jubiläen

20 Jahre:

- 17.01. Bernd Gruber
- 30.01. Karl Friedhelm Ströde
- 11.02. Hans-Hermann Ahlers

11.02. Gerd-Ulrich Schmal
 Gerd Schmal Kfz-Reparaturen

15 Jahre:

- 01.01. Rainer Skibbe
 Skibbe Fachgroßhandel
- 09.01. Kerstin Giebel
 Backen Verwaltung GmbH

05.02. Jürgen Schümann
 EAB Schümann GmbH

19.03. Hans-Jörg Stolze
 Baubüro

Jubiläen und Geburtstage

5 Jahre:

- 01.01. Mathias Dziuba
ANSATZ Modulwerbung
- 01.01. Viola Hübner
Wurzelzwerg
- 01.01. Lothar Koch
Spektrum Finanzberatung
- 01.01. Frank Mayer
Dachdeckerfirma Sigbert
Wunsch GmbH
- 01.01. Thorsten Meier
TMF Thorsten Meier
Fertigungstechnik GmbH
- 01.01. Kai-Uwe Söht
Ingenieur- und
Vermessungsbüro Söht
- 01.03. Jens Scharff

- 24.01. Gernot W. Thomsen
tt-projektentwicklung &
consulting gmbh & co kg
- 28.01. Horst Meerwald
Optik & Akustik Meerwald
- 28.01. Margit Muhl
MM-Medischreibservice

Februar

- 07.02. Jürgen Hoppe
- 08.02. Maria Steil
- 08.02. Hermann-Josef Santen
- 13.02. Wolfram Müller
- 13.02. Ellen Köster
Strandperle
- 13.02. Gerd-Ulrich Schmal
Gerd Schmal Kfz-Reparaturen
- 17.02. Ralf Warnemünde
Restaurant und Cafe -Seeblick-
- 19.02. Dr. Wolfgang J. Linker
ALS - Aktivierende
LernSysteme GmbH
- 20.02. Hannelore Lange
Hanne`s Partyservice
- 23.02. Nicole Folchert
SeitenBox
- 27.02. Thorsten Meier
TMF Thorsten Meier
Fertigungstechnik GmbH
- März**
- 01.03. Hans-Hermann Rohwer
KPR&R Steuerberater-Sozietät

- 05.03. Sven Brauer
Brauer GmbH
- 07.03. Thomas Lässig
Lässig Industrietechnik GmbH
- 14.03. Walter Both
mbw Vertriebsgesellschaft mbH
- 14.03. Sven Dierks
Dierks Naturstein
- 16.03. Petra König
Muschleblume
- 19.03. Frank Bremser
- 22.03. Björn Freitag
- 25.03. Anke Nolte
- 27.03. Harriet Lemcke
- 27.03. Daishin Kashimoto

Geburtstage

Januar

- 03.01. Hans-Jörg Stolze
Baubüro
- 04.01. Siegfried Werner
Bernhard Tedsen GmbH & Co KG
- 05.01. Markus-Peter Kalder
- 18.01. Martin Drews
Die Inselwerkstatt
- 21.01. Rainer Lemke
Skan Insurance Versicherungs-
makler GmbH & Co.KG
- 23.01. André Schneider
ASKO Dienstleistungen GbR

Neue Mitglieder

- Georg Bösch
Petersen & Bösch GbR
- Jörg Heisel
Augenoptik Heisel
- Harriet Lemcke
Strategieberatung, PR & Marketing
- Margit Muhl
MM-Medischreibservice
- Susanne Munk
SAN Business-Service GbR
- Harald Petersen
AP Yachting GmbH
- Corinna Wiesemann
Steuerberatungskanzlei Wiesemann

Herausgeber:

BDS Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.

Redaktion:

Arbeitsgruppe BDS Kompass
Niehuuser Straße 12
24955 Harrislee

Tel: +49 461 770020 33

Tel: +49 461 770020 20

E-Mail: medien@bds-sh.de

Web: www.bds-sh.de

V. i. S. d. P.:

Prof. Dr. Wolfgang J. Linker

Gestaltung:

Arbeitsgruppe BDS Kompass

Impressum

Fotos:

BDS, BDS Schleswig-Holstein

Erscheinungsturnus

„Kompass - Das Magazin des BDS Landesverbandes Schleswig-Holstein e.V.“ erscheint einmal im Quartal. Für BDS Mitglieder ist der Bezug im Magazins im Beitrag enthalten.

Nachdruck, Vervielfältigung und Kennzeichnung

Nachdruck oder Vervielfältigung der eignen Beiträge (nicht Gastartikel) mit Quellenangabe „BDS SH“ gestattet.

Alle namentlich oder durch Kürzel gekenn-

zeichneten Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder. Für die Artikel der Kreisverbände / Kreise ist alleine der jeweilige Kreisverband / Kreissprecher verantwortlich.

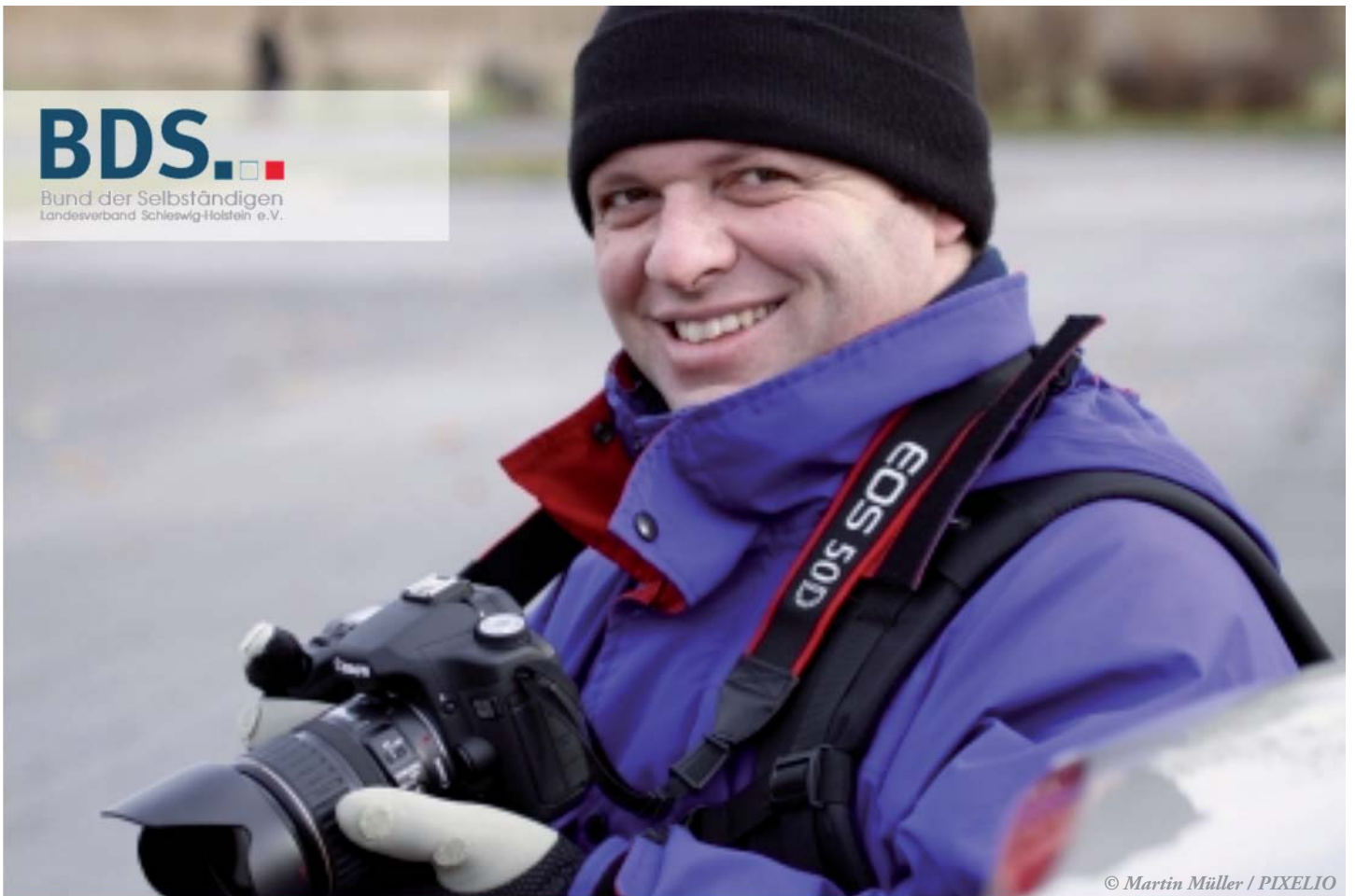
Für unverlangt eingesandtes Material keine Haftung. Rücksendung nur, wenn Porto beiligt.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe und den Positionen und Aktivitäten des BDS Landesverband Schleswig-Holstein e.V. finden Sie stets aktuell auf der Internetseite des BDS: www.bds-sh.de.

BDS.

Bund der Selbständigen
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.



© Martin Müller / PIXELIO

Ich bin dabei! Und Sie?

Max Musterman, Fotostudio Mustermann
Bad Segeberg

Gemeinsam werben mit dem BDS

Werben Sie jetzt landesweit für sich und Ihr Unternehmen und werden Sie eins der Gesichter für die BDS Jubiläums-Kampagne „Ich bin dabei 2012“

Die Teilnahme ist kostenlos und auf Mitgliedsunternehmen beschränkt!

Melden Sie sich gleich unter 0461 - 77002033 zur Teilnahme an!
Weitere Informationen unter www.bds-sh.de